Nazis knechten Schupobeamte

Empörung der Polizeibeamten Braunschweigs gegen die diktatorischen Anordnungen des Nazi-Ministers Franzen

Braunschweig, 16. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Die Generalversammlung des Landesverbandes der Braunschweigischen Polizeibeamten befaßte sich sehr eingehend mit den Verschlechterungen, die der NSDAP.-Innenminister Franzen durch seine letzten Ausführungsverordnungen zum Polizeibeamtengesetz eingeführt hat.

Es wurde lebhaft Klage geführt über die Verschlechterungen namentlich bei der Beförderung, die jetzt in erster Linie von der Beurteilung des Vorgesetzten und erst in zweiter Linie von den Fähigkeiten und Prüfungsergebnissen abhängig gemacht wurde. Der Geschäftsführer des Verbandes, Wehe, stellte fest, daß heute nach der Anordnung des nationalsozialistischen Innenministers nicht mehr die Möglichkeit bestehe, zum Offizier befördert zu werden ohne höhere Schulbildung. Der NSDAP.-Minister hat einen „tiefen Graben zwischen dem Wachtmeister- und dem Polizeioffiziersstand gezogen". Ein weiterer Punkt der Beschwerde war, daß Franzen es bei jeder Gelegenheit abgelehnt hat, mit dem Verband der Polizeibeamten zu verhandeln.

Braunschweig ist Schulbeispiel dafür, wie die Nationalfaschisten mit den Polizeibeamten, die Arbeiter im Waffenrock sind, umzuspringen gedenken, wenn sie ihr drittes Reich errichtet haben. Was die Behandlungen der Fragen der Polizeibeamten auch im Sächsischen Landtag schon immer bewiesen hat, daß nämlich nur die Kommunistische Partei für die unteren Polizeibeamten eintritt, wird jetzt in Braunschweig erneut bekräftigt.

Faschisierung der Reichswehr

Groener befiehlt: Keine Entlassungen der Nazis!

Wie die bürgerliche Presse mitteilt, ist von Groener ein Erlaß an die Reichswehr herausgegeben worden, der die Entlassung von Nazis aus der Reichswehr und den Heeresbetrieben untersagt. Der Erlaß hat folgenden Wortlaut:

„Bis zur Durchführung der beim Reichsgericht schwebenden Hochverratsprozesse gegen die NSDAP bzw. deren Mitglieder, sind grundsätzlich keine Entlassungen aus den Heeresbetrieben auf Grund der Zugehörigkeit zur NSDAP mehr vorzunehmen."

Die faschistische Presse und die reaktionäre bürgerliche Presse bezeichnen diesen Erlaß als einen „Rückzug". Die Deutsche Zeitung knüpft daran die Frage, ob im Reichswehrministerium ein grundsätzlicher Wandel in der Beurteilung der Nationalsozialisten eingetreten sei. Diese Frage ist, nach dem Verlauf des Reichswehrprozesses in Ulm überflüssig. Der Ulmer Reichswehrprozeß zeigte, daß das gesamte Offizierskorps der Reichswehr faschistisch eingestellt ist, und daß Groener als Reichswehrminister dagegen nicht das geringste unternommen hat. Der Erlaß Groeners bedeutet also nichts weiter, als die Legalisierung eines bisher schon bestehenden Zustandes. Zweifellos ist der Erlaß nicht ohne die Zustimmung der gesamten Brüning-Regierung von Groener herausgegeben worden. Er liegt ganz in der Linie der Politik Brünings, die Nazis als besonders zuverlässige Elemente zur Niederhaltung der Arbeiterklasse heranzuziehen. Diese Politik wird charakterisiert durch die Beilegung des Polizeikonflikts mit Nazi-Frick, wobei dieser das Zugeständnis erhielt, nach Belieben Nazis in die Thüringer Polizei einzustellen. Zweifellos war dieses Zugeständnis richtunggebend auch für die anderen Länder. Der Erlaß Groeners besagt also nichts weiter, daß nun auch die Reichswehr in demselben Maße wie die Polizei mit faschistischen Kaders durchsetzt und aufgefüllt werden soll, daß also die Faschisierung des Machtapparates der Bourgeoisie auf ganz „legalem Wege" vor sich geht.

Sozialfaschistischer Parteitag in Leipzig

Die „Linken" für den Parteivorstand hoffähig geworden

Wie der Vorwärts mitteilt, hat am Mittwoch die Sitzung des Parteiausschusses der SPD beschlossen, den diesjährigen Parteitag, der am 31. Mai eröffnet werden soll, in Leipzig abzuhalten.

Dieser Beschluß hat eine politische Bedeutung. Er kennzeichnet die Entwicklung der „Linken" innerhalb der Sozialdemokratie, die im vergangenen Jahr ein Weg der ununterbrochenen Kapitulation vor dem Parteivorstand, eine immer schnellere Rechtsentwicklung der „linken" Führer gewesen ist. So wie die „Linken" in der Kriegshetze gegen die Sowjetunion selbst die rechtesten SPD-Blätter bei weitem übertrumpfen, wie erst gestern wieder ein beispielloser Schmutzartikel der Leipziger Volkszeitung über angebliche Korruptionsfälle im Sowjetapparat drastisch beweist, so haben sie im vergangenen Jahre immer unverhüllter die sozialfaschistische Politik des Parteivorstandes verteidigt und ihr in mehr als einem Falle im Reichstag durch die Haltung der „linken" Reichstagsabgeordneten zum Siege verholfen.

Wenn jetzt Herr Wels die Leipziger „Linken", die längst auf dem rechtesten Flügel der Partei gelandet sind — waren sie es doch, die zuerst in Sachsen eine Koalitionspolitik selbst mit der Wirtschaftspartei forderten! — für würdig hält, den SPD-Parteitag bei sich beherbergen zu dürfen, dann ist das nur die öffentliche Anerkennung dieser sozialfaschistischen Entwicklung der Liebmann, Lipinski und Konsorten.

Wir gratulieren!

Volkspartei fordert Gehaltsabbau

Berlin, 16. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Bei den Etatberatungen des Haushaltsausschusses griff der Volksparteiler Dr. Cremer den Reichsfinanzminister heftig an. Er forderte, daß die weiteren Streichungen, die die Volkspartei beantragt, durchgeführt und daß in den Gemeinden ein Abbau der Gehälter erfolgen solle. Wenn Cremer zur Begründung einige [illegible] [illegible]

Malty-Glasarbeiter für Streikfortsetzung

gegen verbindlich erklärten Schiedsspruch

In der am 15. Januar stattgefundenen Belegschaftsversammlung der streikenden Glasarbeiter von Malty, Freital, wurde einstimmig, mit den Stimmen der sozialdemokratischen Arbeiter, eine Entschließung für die verschärfte Fortführung des Streikes gefaßt und der zu gleicher Zeit tagenden Gruppenkonferenz der Glasarbeiter des Fabrikarbeiterverbandes übermittelt. Den Bericht über diese Gruppenkonferenz enthält der Gewerkschaftsteil. Die Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Entschließung

Der von der sächsischen Schlichterkammer gefällte Schiedsspruch hat die Löhne der Glasarbeiter der Gruppe 4 innerhalb von zwei Monaten um weitere 5 Prozent gekürzt. Dieser Schiedsspruch ist eine freche Provokation und bedeutet eine noch größere Verschlechterung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse.

Der Schiedsspruch im November vorigen Jahres brachte der Glasarbeiterschaft 8 Prozent Lohnabbau und wurde für verbindlich erklärt. Durch die Notverordnung der faschistischen Brüning-Regierung, die von den Führern der SPD gestützt wird,

besteht die Gefahr, daß den Glasarbeitern diktatorisch der spruchgemäße Lohnraub aufgezwungen werden soll.

Die Erfahrungen aus den Kämpfen der Arbeiterschaft in den letzten Jahren haben gezeigt, daß die sozialdemokratischen Führer der freien Gewerkschaften sich jedem verbindlich erklärten Schiedsspruch unterworfen haben. Auch den Notverordnungen der faschistischen Brüningdiktatur haben und werden sich die Gewerkschaftsführer unterwerfen.

Die heute tagende Streikversammlung der Glasfabrik Malty in Freital fordert von der Gruppenkonferenz der Weißhohlglasarbeiter die Ablehnung des Schandschiedsspruches und den Beschluß zu fassen, bei Verbindlichkeitserklärung oder bei diktatorischer Festsetzung des Lohnabbaues die Arbeit nicht aufzunehmen und den Streik weiterzuführen.

Die Versammlung ruft alle Weißhohlglasarbeiter der Gruppe 4 auf, die Front der kämpfenden Glasarbeiter noch fester zusammenzuschließen und trotz Verbindlichkeitserklärung den Kampf weiterzuführen.

In Kamenz ist durch eine einstweilige Verfügung des Landgerichts der Gewerkschaft das Streikpostenstehen bei einer Strafe von 1500 Mark oder 6 Monaten Gefängnis verboten worden. Das ist Faschismus!

Verschärfter Kampf gegen den Lohnraub, gegen das faschistische Schlichtungswesen und die Brüningdiktatur muß die Parole der sächsischen Glasarbeiter sein!

Während die Arbeiter im Streik stehen

referiert Nazi-Abgeordneter Florian vor den kapitalistischen Lohnräubern

Berlin, 16. Jan. (Eig. Drahtmeldung.)

Der Dortmunder Generalanzeiger veröffentlicht einen aufsehenerregenden Bericht über die engste Zusammenarbeit der IG-Farben, d. h. des Hauptfinanziers der Deutschen Staatspartei, mit den Nazis.

Am 13. Januar fand in Solingen eine Konferenz von etwa 300 bis 400 Fabrikanten des Bezirks Remscheid-Solingen statt, in der der Gauleiter der Nazis, Reichstagsabgeordneter Florian, Düsseldorf, und Syndikus der IG-Farben-Industrie, Dr. Klein, über die Aufgaben der deutschen Wirtschaft referierten. Die Versammlung war streng geheim. Nazi-Florian führte aus:

Die Anwesenden seien wahrscheinlich deshalb so zahlreich erschienen, weil sie mit der heutigen Wirtschaftsordnung nicht einverstanden seien. Die Wirtschaft dürfe nicht, wie es heute sei, durch den Staat gehemmt werden, sondern solle zum Wohle aller aufblühen. Daß die Wirtschaft sich in einer katastrophalen Lage befände, sei die Folge der „marxistischen Politik", die den notwendigen Bedürfnissen der Wirtschaft nicht Rechnung trage.

Daran anknüpfend sprach Syndikus Dr. Klein, die Hauptursache der heutigen Wirtschaftskrise seien die übertriebenen sozialen Lasten und die hohen Lohnkosten. Der Schluß der Rede Dr. Kleins war ebenso wie der des Gauleiters Florian die Aufforderung an die Unternehmer, sich dem Nationalsozialismus anzuschließen.

Bemerkenswert ist der Zeitpunkt, an dem die Giftgasfabrikanten den Remscheider Unternehmern die Nazis als treue Ausbeuterlakaien vorstellen. Gerade jetzt stehen im Remscheid-Solinger Bezirk die Arbeiter im Betrieb im Kampf gegen das lohnräuberische Unternehmertum, das die Youngausplünderung auf die Schultern der hungernden Massen legen will. Mitten in diesem Volkskampf tritt der Gauleiter der NSDAP., attestiert von dem Syndikus der IG-Farben, vor die Eintreiber der Youngtribute und bietet ihnen die streikbrecherischen und arbeitermörderischen Dienste der Nazis an.

Neue Bluthetze Hitlers

Die von der revolutionären Einheitsfront in die Defensive gedrängte braune Mordpest zu neuen Bluttaten anzuspornen, hat die preußische Nazi-Fraktion im Landtag einen Antrag eingebracht, worin behauptet wird, daß die Kommunisten „Kopfpreise für jeden erledigten Faschisten" ausgesetzt hätten. Es ist die Aufwärmung desselben Schwindels, den Hitler bei den Reichstagswahlen in die Welt setzte. Sein Zweck ist es, die von Hitler sich abwendenden proletarischen Elemente aufs neue in einen Blutrausch gegen die revolutionäre Bewegung zu versetzen.

Eine Justiz-Bombe

Pirmasens, 16. Januar. (Eigene Drahtmeldung.)

Heute Freitag begann gegen vier kommunistische Arbeiter vor dem erweiterten Schöffengericht ein Prozeß wegen angeblichen Vergehens gegen das Sprengstoffgesetz. Ihr „Verbrechen" soll darin bestanden haben, in einen Teich versenkte Munition, die dort wahrscheinlich von den Nazis verborgen wurde, herausgeholt zu haben. Das Gerichtsgebäude war von einem riesigen Polizeiaufgebot abgesperrt und in den Zuschauerraum wurden nur besonders gesiebte Personen hineingelassen, die noch dazu nach Waffen durchsucht wurden. Die bürgerliche und sozialfaschistische Presse wird wahrscheinlich den Prozeß benutzen, um alte Lügen und Verleumdungen über „kommunistische Bombenfabriken" neu aufzuwärmen.

Winterbeihilfe für die Erwerbslosen

von SPD-Weckel verhindert / Genosse Renner bleibt ausgeschlossen / KPD-Vorstoß für den gewerblichen Mittelstand

22. Landtagssitzung

Dresden, den 15. Januar.

Zu Beginn der Sitzung teilte Weckel mit, daß von dem Genossen Renner Beschwerde gegen seinen Ausschluß eingereicht wurde. Der Vorstand schlug vor, die Beschwerde zu behandeln. Bünger (Dn. Vp.), Kastner (Staatsp.) und Siegert (Dn.) wenden sich, durch die Ausführungen von Weckel ermuntert, dagegen, weil die Beschwerde „nicht rechtzeitig" eingegangen sei. Genosse Wehner weist die „philosophischen Erörterungen" des faulen Bünger über die rechtzeitige Absendung der Beschwerde kategorisch zurück. Bei der Abstimmung wird der Beschwerde gegen den Ausschluß stattgegeben. Gegen die Behandlung der weiteren Beschwerde auf Ausschluß von fünf Sitzungen erhebt Bünger (DVP) Einspruch, nachdem er von Weckel auf die Möglichkeit des Einspruches hingewiesen wird. Infolgedessen besteht „keine Möglichkeit" darüber noch zu verhandeln. Mit zufriedenem Gesichtsausdruck konnte Weckel feststellen, daß seine Regie klappte und der Genosse Renner von 5 Sitzungen ausgeschlossen bleibt.

Zur Geschäftsordnung beantragt der Genosse Mäbig, daß die kommunistische Anfrage für die Durchführung des Beschlusses auf Winterbeihilfe auf die Tagesordnung gesetzt wird. Obgleich dieser Antrag mit überwältigender Mehrheit angenommen wird, läßt Weckel die Beratung nicht zu.

Tögel (Dn.) gab erst eine Erklärung ab, daß seine Rede „verhorrhandelt" sei. (Stürmischer Widerspruch bei den Kommunisten und einigen Sozialdemokraten.) Dann setzt Tögel seine Rede über die „Not" der Kapitalisten fort, deren Grundlinie ist: auf Kosten der Werktätigen für die Bourgeoisie neue Geschenke zu verlangen.

Krubi (SPD) bemühte sich, der Bourgeoisie nachzuweisen, daß sie bereit ist, mitzuhelfen an der Bekämpfung der kapitalistischen „Anomalie". Für die Arbeiter sagte er dann noch ein Wort über den Sozialismus. Genosse Herrmann ging mit den „Mittelstandsretern" scharf ins Gericht. [illegible] Thema Tögel [illegible] Ostmark. Aber [illegible] Wenn Tögel gegen die französische Zollpolitik wettert, so ist das naiv. Die französischen Kapitalisten betreiben dieselbe räuberische Zollpolitik wie die deutschen Kapitalisten. Das kapitalistische System bedeutet eben: Bereicherung des Einzelnen auf Kosten der großen Masse und wird unweigerlich zur Katastrophe führen. Der Terror gegen die Werktätigen wird den Massensturm nicht abwehren.

Wir haben praktische Vorschläge gemacht, um auch die kleinen Gewerbetreibenden finanziell zu entlasten und ihnen Erleichterung in ihrem Existenzkampf zu verschaffen. Wir haben Sondersteuern für die Millionäre gefordert. Wir beantragten Herabsetzung der Riesengehälter und Pensionen. Wir verlangten Einstellung der Millionenrentenzahlungen an die schmarotzenden Fürstenhäuser und Einstellung der Reparationszahlungen. Sie haben gegen diese einzige Möglichkeit, die Gelder dort zu holen, wo sie geholt werden können, gestimmt und spielen sich jetzt hier als Mittelstandsretter auf.

Es ist bewiesen, daß sie die ganze Ausplünderungspolitik im Reichstag mitgemacht haben. Jetzt kommen sie noch — besonders die Sozialdemokraten und Nationalsozialisten — und verlangen die Beseitigung der Doppelverdiener aus den Betrieben. Wir wenden uns ganz entschieden gegen einen solchen Arbeiterverrat.

Die Hungerpfennige, die ein Arbeiter und seine Frau oder ein Angestellter mit seiner Frau im Betrieb verdienen, reichen ohnehin nicht zur Existenz einer Arbeiterfamilie.

Die großen Gehalts- und Pensionsempfänger, die durch ihre guten Verbindungen anderen die Arbeit wegnehmen, werden davon sowieso nicht berührt. Alle Mittelchen, die sie vorschlagen, sind nicht dazu angetan, das Elend der Mittelschichten zu beseitigen, sie sind entlarvt als niederträchtiger Betrug. Aus der kapitalistischen Katastrophe gibt es mit kapitalistischen Mitteln keinen Ausweg.

In der letzten Landtagssitzung zeigte sich doch ganz klar, daß es nur ein Land gibt, wo die Entwicklung aufwärts geht. Das ist die Sowjetunion, die allen Werktätigen eine menschenwürdige Existenz bietet. Die Empörung der Mittelschichten gegen den deutschen Kapitalismus wächst unaufhaltsam. Immer mehr kleine Gewerbetreibende und Bauern erkennen die Notwendigkeit des gemeinsamen Kampfes mit der klassenbewußten Arbeiterschaft gegen das kapitalistische System. Das ist die Gewähr unseres Sieges. (Bravo! bei den Kommunisten.)

Nachdem noch eine ganze Reihe bürgerlicher und sozialdemokratischer Abgeordneter versuchten, ihre Kapitulationsreden an den Mann zu bringen, erfolgte die Abstimmung der wirtschaftsparteilichen Anträge. Angenommen wurde der Antrag auf Kreditanstalten zur Senkung der Zinsen einzurichten. Die Sondersteuer für Warenhäuser soll im Rechtsausschuß behandelt werden.

Nächste Sitzung Dienstag den 20. Januar 13 Uhr.